

## Protokoll des Treffens der Aktion Butterbrot 17. 7. 2009

Anwesend: Isabel, Miriam, Uwe, Pravu, Reza, Markus, Axel, Angelika, Elmar, Ruth, Dana, Laura, Agnieszka, Clemens und als Gast Peter Weiß (GEW).

### 1. Berichte und Nachrichten

Peter berichtet von einem zurückliegenden Fall aus 2004, bei dem gegen die Sozialversicherungspflicht der „selbstständigen“ Lehrer geklagt wurde. Nach einem Gang durch alle Instanzen wurde der Fall als Verfassungsbeschwerde nicht angenommen. Damit sind für diesen Fall (und alle ähnlichen) die Rechtsmittel erschöpft.

Einzig verbleibendes Rechtsmittel wären Klagen gegen die Träger, die gegen die Scheinselbstständigkeit geführt werden müssten.

So klagt etwa Alexandrina gegen die VHS Landshut wegen Scheinselbstständigkeit (noch nicht verhandelt).

Peter weist auf die Möglichkeit hin (speziell für Ilse's Fall), wegen der hohen Nachzahlungsforderungen nach § 76, 2; SGB IV (vgl. a. § 86 a SGerichtsG) eine „unbillige Härte“ geltend zu machen.

Nähere Informationen zu den Gesetzen auf [www.sozialgesetzbuch.de](http://www.sozialgesetzbuch.de)

Uwe schlägt vor, für Ilse unter den Lehrern zu sammeln. Trotz einiger Einwände wegen einer möglichen entpolitisierenden Wirkung einer solchen Aktion wird allgemein die Stärkung der Solidarität für wichtiger gehalten.

Es wird berichtet, dass einzelne Träger bei ihren halbjährlichen Vertragsverlängerungen Beiblätter anfügen, in denen von den Lehrern unter Druck von der Chefseite gefordert wird, eine Prüfung auf Rentenversicherungspflicht selbst einzuleiten. Dieses Beiblatt soll Bestandteil des Arbeitsvertrages sein.

Die meisten Kollegen unterschreiben, praktische Folgen gab es bisher keine.

(Text geht an Peter Weiß)

Reza regt an, alle Fälle zu sammeln, bei denen Lehrer in die Sozialversicherung gezwungen wurden oder bei denen gegen die Scheinselbstständigkeit geklagt wurde.

Peter berichtet über verschiedenen Folgen einer solchen Klage und mögliche Risiken (Verlust der Aufträge und der Weiterbeschäftigung).

### 2. geplante Aktionen

Wichtigster Punkt war die geplante Performance auf dem Marienplatz (Ort war noch umstritten), der die reale Abhängigkeit der Honorarlehrer

gegen die Ideologie der „Selbstständigkeit“ inszenieren soll. Die Aktion soll bundesweit stattfinden.

Es wurde vorgeschlagen, sie je nach Resonanz und Kapazität mit Demonstrationen und Flugblattaktionen zu verbinden.

Wesentliches Ziel der Aktion soll sein, die Öffentlichkeit und vor allem die Presse anzulocken.

Reza weist auf eine hilfreiche Schrift der GEW zu Straßenaktionen hin. Der Termin soll nach der Wahl liegen.

Die Vorbereitungsgruppe trifft sich am Freitag, den 31. Juli, 18:00 am gewohnten Ort (Gewerkschaftshaus).

Die Mitglieder von Aktion Butterbrot sollen gezielt Kollegen in den Schulen ansprechen und für die Mitarbeit bei der Aktion anwerben. Dazu wird ein Text, der die Aktion näher beschreibt, von Isabel verfasst. Andere Orte könnten das Hauptgebäude der Uni oder das DaF-Institut sein.

Eine Trägerliste wird versandt, um alle erreichen zu können.

Weitere Aktionsvorschläge waren:

- Konferenz der Träger (Pravu): Termin und Zeitplan offen
- Postkartenaktion zur Vernetzung: 10.000 Auflage
- Streik
- Beitritt in Gewerkschaften
- Geldfond schaffen (Kasse)

Papier der VHS zur Kenntnisnahme, in dem die VHS die Anhebung des Stundensatzes auf 3 Euro verlangt.

(C. Friedrich)